



Bündnis 90/Die GRÜNEN Ortsverband Salem/Heiligenberg

Beschluss der Ortsverbands-Versammlung vom Dienstag, 16.6.2015

Resolution zu TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership

Das geplante Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA, wird mit großen Versprechungen verknüpft. Wachstumsimpulse und Hunderttausende neuer Arbeitsplätze werden in Aussicht gestellt, wenn die umfassende Intensivierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der EU vorgenommen wird. Das TTIP soll nach dem erklärten Willen der USA und der EU die transatlantische Partnerschaft auf eine neue Basis stellen.

Die bislang leider nur inoffiziell bekannt gewordenen Informationen über die Inhalte der Verhandlungsrunden, bestätigen die Befürchtungen vieler Nichtregierungsorganisationen und natürlich Bürgerinnen und Bürger, wonach zentrale europäische Standards im Agrar-, Umwelt- und Verbraucherschutzbereich als Verhandlungsmasse zur Disposition stehen.

Künftig sollen nach dem erklärten Willen von EU und USA Investitionen im jeweiligen Gastland vor Wertminderungen durch neue oder verschärfte Gesetze geschützt werden, in dem Unternehmen Staaten vor privaten Schiedsgerichten verklagen können. Damit wird finanzstarken Konzernen die Macht gegeben, Gesetze zu beeinflussen. Eine Macht, die ihnen in der Demokratie nicht zusteht. Die Mehrheit der Abgeordneten des Handelsausschuss im Europäischen Parlament hat sich in den vergangenen Tagen für TTIP und den geplanten Investorenschutz ausgesprochen. Damit haben sozialdemokratische und konservative EU-Abgeordnete des Europaparlaments die Schiedsgerichte für Investoren passieren lassen. Das stärkt vor allem die Interessen der großen Konzerne und das lehnen wir ab. Wir begrüßen, dass am 11.6.2015 das europäische Parlament die Abstimmung vertagt hat.

Der zweite Eingriff in demokratische Verfahren ist der Vorschlag mit dem Namen ‚regulatorische Kooperation‘. Hier sollen ‚Interessengruppen‘ zusammen mit internationalen Experten Gesetze handelskonform vorbereiten. Ein Einfallstor für verstärkte Einflussnahme auf den Gesetzgebungsprozess, die wir strikt ablehnen.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die Abschaffung von so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. Hierzu zählen unterschiedliche technische Standards und der für Bürgerinnen und Bürger wichtige Bereich der EU-Qualitätsstandards wie das Verbot von Wachstumshormonen im Rindfleisch, das Verbot einer Vielzahl von Chemikalien, strenge Regelungen für Pestizide und Zulassungsverfahren für Gentechnik und beim Fracking.

US-Konzerne warten nur darauf, ihr Gentechnik-Saatgut im Doppelpack mit Pestiziden endlich ohne langwierige Prüfverfahren in der EU absetzen zu können. Das Gleiche gilt für den Einsatz von Fracking zur Erdgasgewinnung.

Alle diese vergleichsweise hohen Standards sollen nach EU-Verhandlungsmandat abgeschafft oder dem meist niedrigeren Niveau in den USA angeglichen werden. Laut Präambel der Leitlinien wird den Vertragsparteien das Recht eingeräumt, Maßnahmen auf dem ihnen ‚*zweckmäßig erscheinenden Schutzniveau*‘ zu treffen.

Das Mandat beinhaltet gleichzeitig die Öffnung von Dienstleistungen für den freien Markt beiderseits des Atlantiks, wie z.B. die Wasserversorgung und die Infrastruktur kommunaler Energieversorgung. Damit wird in das Recht von Kommunen eingegriffen, in der Regel zu Lasten von Verbrauchern.

Arbeitnehmerrechte sollen ebenfalls auf ein ‚*zweckmäßiges Schutzniveau*‘ gebracht werden. Was das für die EU bedeutet zeigt ein Blick auf Arbeitnehmerrechte in den USA, wo vielfach mit harten Maßnahmen verhindert wird, dass sich ArbeitnehmerInnen überhaupt in Gewerkschaften organisieren.

Zölle, die ein Handelshemmnis darstellen könnten, sind nur in wenigen Fällen relevant und können auch ohne TTIP vereinheitlicht werden. Allgemein bewegen sie sich in der EU und den USA bereits im unteren Bereich zwischen 5 und 3,5 %. Die vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Zahlen im Warenverkehr sprechen eine deutliche Sprache:

So verkauften im Jahr 2014 deutsche Firmen Waren im Wert von 123,2 Milliarden US\$ an die USA. Damit erzeugte Deutschland einen Handelsbilanzüberschuss von 73,7 Milliarden US\$. Eine Zunahme gegenüber 2012 von 14,0 Milliarden US\$.

Mit TTIP sollte das Wirtschaftswachstum von 0,5 % pro Jahr gesteigert werden. Dies stellt sich inzwischen als dreiste Täuschung heraus. In Wirklichkeit lag die Prognose bei einem Wert von 0,05 % pro Jahr. Geheimverhandlungen und solche Täuschungsmanöver sorgen neben der massenhaften NSA/BND-Spionage für einen weiteren Vertrauensverlust in unsere demokratischen Institutionen. So wird ein Klima von Misstrauen geschaffen. Mit welchen Auswirkungen wird sich erst zeigen.

Fazit: Mit TTIP werden einseitig Konzerninteressen verfolgt und unsere hohen Umwelt-, Lebensmittel- und Sozialstandards dem Freihandel geopfert. 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU werden die Verlierer sein.

Dagegen wenden wir uns und fordern die Mitglieder des EU-Parlamentes, bzw. alle parlamentarischen Gremien und Regierungen auf, den Vertrag in dieser Form abzulehnen und die Verhandlungen nur dann weiter zu führen, wenn die hohen europäischen Standards und wirksamen Regeln zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Verbraucherinteressen Grundlagen eines Abkommens werden. Desweiteren fordern wir, dass die Verhandlungen transparent und öffentlich geführt werden. Analoges gilt auch für das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement).

Salem, den 16.6.2015